

## Tagesordnungspunkt 5

### der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 28. September 2011

#### Äußerungen des Ortsvorstehers gegen die Stadtteilgruppe "Lebenswertes Westend"

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße verurteilt die im Wiesbadener Tagblatt vom 07.05.2011 gegen die Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ gemachten Äußerungen des Ortsvorstehers Michael Bischoff und fordert ihn auf, für die von ihm gemachten Behauptungen den Beweis anzutreten.

#### **Begründung:**

Im Wiesbadener Tagblatt vom 7.5. wurden die Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ heftig vom Ortsvorsteher Michael Bischoff angegriffen.

- Ansgar Robel ist im April aus der „Initiative für soziale Gerechtigkeit“ ausgetreten und nicht „rausgeworfen“ worden. Die Initiative macht überhaupt keine Stammtische. Deshalb kann Herr Robel auch nicht zu ihnen kommen.
- Herr Bischoff erweckt den Eindruck, dass Herr Robel eine unqualifizierte Beratung machen würde. Herr Robel hat die Initiative mit gegründet und war dort bis zu seinem Rückzug jahrelang in der Hartz-IV- und Sozialhilfeberatung tätig. Die Stadtteilgruppe bietet lediglich Hilfestellungen im Einzelfall an. Hier ist sie recht erfolgreich. Nachzahlungen bis über 3.000 € wurden für Hartz-IV-Empfänger bereits herausgeholt. Bei Darlehen, Umzügen, Renovierungen und Erstausrüstungen konnte die Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ zum Beispiel erfolgreich helfen. Immer häufiger wenden sich Berufstätige und Selbständige, die ergänzende Leistungen nach Hartz IV beziehen und Probleme mit dem Sozialamt haben, an die Stadtteilgruppe.
- Herr Bischoff behauptet: „Robel habe in der Vergangenheit Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien verbreitet, die ‚bei Überprüfung der glasklaren Fakten nicht nachvollziehbar gewesen‘ seien.“ Es wurden keine Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien verbreitet, weshalb Herr Bischoff auch keine benennen kann.
- Herr Robel hat weder ein Hausverbot im Sozialausschuss noch ist er aus der Stadtteilkonferenz ausgeschlossen worden. Auf der letzten Stadtteilkonferenz haben Mitarbeiterinnen des Amtes für Soziale Arbeit im Auftrag des Amtsleiters versucht, ihn zum Verlassen der Sitzung zu bewegen. Sie behaupteten, die Stadtteilkonferenz sei eine Einrichtung des Amtes und sie könnten bestimmen, wer teilnehmen darf oder nicht. Die Geschäftsordnung sagt etwas anderes. Ein diesbezügliches Schreiben der Stadtteilgruppe an den Sozialdezernenten, Arno Goßmann (SPD), wird nicht beantwortet.
- Herr Bischoff behauptet: „Der (Ansgar Robel) eröffnete mit seinen Anhängern inzwischen einen Stammtisch in einem Lokal an der Goebenstraße. Und jetzt häufen sich die Beschwerden der dortigen Anwohner über Lärm und Dreck, die mittlerweile auch den Ortsvorsteher erreichten.“ In dem Lokal gab

es während des Wahlkampfes nur eine Stammtisch-Runde. Das sich jetzt Beschwerden über „Lärm und Dreck“ häufen, ist eine böartige Unterstellung. Der Wirt ist Mitglied der Stadtteilgruppe und hatte für den Ortsbeirat kandidiert.

Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung:

Die CDU-Fraktion beantragt Nichtbefassung mit dem Beratungsgegenstand.

**Beschluss Nr. 0106**

Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung antragsgemäß beschlossen.

+

+

**Verteiler:**

100230 z.d.A.

Wild  
Stellv. Vorsitzender